

**Redebeitrag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper**

**TOP 5 – Aktuelle Debatte „Sicherheit auf öffentlichen Plätzen in der LH MD**

Meine Damen und Herren,  
Herr Platz hat das eben alles schön sauber, in ruhigem Ton, aus ordnungspolitischer Sicht dargestellt, was man machen kann und wo die Ursachen dafür liegen.  
zunächst trage ich mal einen Brief vor, von einer Professorin der Medizinischen Fakultät – die dort an der Stelle wohnt - den ich bekommen habe.  
Das hat sie mir am 15.08.2017 geschrieben und mich auch gestern legitimiert, ich darf daraus hier im Stadtrat öffentlich zitieren.

*„Ich schreibe Ihnen daher heute, weil ich mich um eines der schönsten Viertel Magdeburgs sorge. Nämlich den Hasselbachplatz. Ich wohnte von 1998 – 2003 in Magdeburg und bin bewusst wieder nach MD gekommen, um hier an der Medizinischen Fakultät mein Professorenamt auszuführen. Bin Mutter von zwei 6-jährigen Zwillingenjungen. Als Frau und Mutter eines fast 6-jährigen Zwillingenjungen, abends aber auch in frühen Samstags- und Morgenstunden, kann ich den Gang zum Bäcker nicht mehr passieren. Warum? Weil ich meine Kinder und mich nicht in Gefahr bringen möchte. Ich wurde in der jüngsten Vergangenheit mehrmals rüde von Angetrunkenen angepöbelt. Sodass ich mittlerweile einen großen Bogen mache, um mit dem Rad nach Hause fahren zu können, oder zu laufen. War der Hasselbachplatz mit seinen Restaurants und Kneipen noch vor 2-3 Jahren ein guter Ort, um sich mit Kollegen und auch Gästen, Besuchern außerhalb der Zeit zu treffen oder verabreden zu können, so ist dies heute völlig anders. Zuerst nur abends und am WE, nun aber auch zu anderen Tagen und Zeiten kommen dort Lärm/Pöbeleien und Gestank von Urin und Erbrochenem und an unzähligen Stellen auch Glasscherben vor.“*

Jetzt kommt sie zu ihren fachlichen Sachen aus ihrer Berufserfahrung heraus.

*„Und noch etwas sorgt mich sehr. Dies in meiner Eigenschaft als Professorin an der Medizinischen Fakultät. Der Alkoholkonsum, verbunden mit anderen Drogen – Cannabis und den Energiedrinks – sind eine nicht zu unterschätzende gesundheitliche Gefahr für Teenager und junge Erwachsene. Mittlerweile sind der Hasselbachplatz und sein Klientel für mich zu einem traurigen Beispiel geworden.“*

Dann schreibt sie mir einen Tag später noch einen Satz.

*„Cannabis-Konsum auf dem Spielplatz – ist leider auch keine Seltenheit. Vergangenen Sonntag auf dem Spielplatz Hegelstraße, hat sie beobachtet, wie mit Cannabis gehandelt worden ist. AUF DEM SPIELPLATZ!!!“*

Das haben wir schon vor einem Jahr mitgeteilt. Wir haben es auch schon der Polizei in einem Brief mitgeteilt. An der Stelle in Buckau, Ecke Freie Straße – Buckauer Straße.

Dort wird jeden Tag von anderen beobachtet, dass Drogenhandel passiert.

Die Polizei weiß das, aber es wird weiter zugesehen und es passiert nichts.

Und das täglich.

Und das hat mit dem Ordnungsamt nichts zu tun. Das ist eine Straftat. Und da schreitet niemand ein. Obwohl das alle in MD inzwischen wissen. Das wissen auch die meisten, dass das am Hasselbachplatz von einer bestimmten Gruppe besonders intensiv betrieben wird.

Was hat die Diskussion eigentlich für politische Konsequenzen? Oder warum sind wir in dieser Diskussion, die wir grade hier führen?

Und warum habe ich mich hinreißen lassen, vor 14 Tagen nach einer Kommunalpolizei öffentlich zu rufen?

Früher, wenn Sie sich noch erinnern, gab es kein Ordnungsamt. Es gab nur die Polizei. Die hat alles gemacht. Heute gibt es nur ein Land, wo es nur die Polizei aber kein Ordnungsamt gibt – in Bayern. Und da funktioniert es.

Die Diskussion der Trennung Ordnungsamt/Polizei ist ja grade das Übel was wir haben.

Ständig wird sich gestritten, wer hat welche Zuständigkeit?

Wenn das alles in einer Behörde wäre, müsste niemand fragen, wer ist zuständig.

Darum war das Thema Kommunalpolizei.

Und da fragt mich der Herr vom MDR, „Wollen Sie auch noch Sheriff werden?“

Ist mir egal, das kann auch das Land machen. Aber es muss in einer Hand sein.

Die Diskussion die wir jetzt führen - wer dahin geht, wer wen ruft, wer was macht... ist doch völlig absurd.

Was ist da für eine Ursache? Die Ursache liegt wie immer darin, dass Länder irgendwann gesagt haben, das ist uns zu teuer – geben wir an die Kommunen ab.

Die machen Ordnungsrecht und wir kümmern uns um die Polizei und haben damit Geld auf die andere Ebene verschoben.

Das ist der wahre Grund dafür.

Es gibt zum Glück noch ein Land, wo das funktioniert – in Bayern. Die zeigen, dass es ohne Ordnungsamt geht. Da macht die Polizei alles und es funktioniert. Und das ist der Grund, wenn man das so hört – was eben Herr Platz vorgetragen, liegt doch auf der Hand, das diese ständigen Diskussionen „Du das, du das, wir gemeinsam. Jetzt gehen wir hier zu viert .....“ das ist doch lächerlich.

Die Polizei sagt ernsthaft, wenn sie gefragt wird, zu den Ordnungsamtsbeamten:“ wenn wir euch dabei haben, ihr stört uns nur. Wenn es ernst wird, müssen wir euch auch noch beschützen“

Dieses Hin und Her, um einen Ausweg zu finden, einen Sprachgebrauch zu finden.

Haben wir das gemeinsame Streifenjournal gefunden, jetzt kommt die Diskussion zur Stadtwache. In Wirklichkeit muss das in eine Hand!

Diese Position vertrete ich und da bleibe ich auch.

Wenn jemand das nicht will, dann kann er das auch sagen. Eine vernünftige Situation wird es mit zwei Behörden nicht geben. Und wenn es sie gibt, dann ist sie zu teuer, weil doppeltes Personal vorgehalten werden muss.

Und das zahlt in Wirklichkeit alles der Steuerzahler.

In der Realität haben wir bis vor 5 Jahren gut zusammen gearbeitet.

Die können nicht mehr anders, als zu sagen, das Ordnungsamt ist zuständig. Weil sie keine Leute haben. Das ist doch die Wahrheit.

Die Polizei hat kein Personal. Das ist die reine Wahrheit. Und wir geben in Wirklichkeit als Staat Plätze frei und müssen den Bürgern eigentlich sagen, wir können für eure Sicherheit eigentlich nicht mehr sorgen.

Wir schaffen das gar nicht mehr. Mit dem geringen Personal.

Das ist die Wahrheit. Wir haben Plätze in der Stadt, wo wir mit Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleisten können. Auch in anderen Stellen ist das so. Und da muss dringend gehandelt werden. Und zwar auch vom Land gehandelt werden!

Wozu führt denn die Forderung, dass wir einen 24-Stunden-Dienst machen – ich kann sagen was passiert auf dem Hasselbachplatz. Rufen wir die Polizei!

Nach 5 Minuten rufen wir die Polizei. Wer geht denn als Ordnungsamt hin? Eine Gruppe von 30 Leuten die Alkohol getrunken haben und sagt „Hör mal auf hier“? Die lachen sich doch scheckig. Die Situation heute! Das Verhalten von Jugendlichen die getrunken haben, ist anders als vor 5 bis 10 Jahren. Ich habe das nicht gehört vor 5 Jahren, dass Jugendliche

Polizisten mit Steine und Flaschen beworfen haben. Das gab es früher nicht in der Dimension.

Auch die Hemmschwelle ist eine völlig andere, als es früher war. Man nimmt sich heute Sachen raus, die man sich vor einigen Jahren nicht getraut hat. Über die Ursachen können wir lange diskutieren.

Ich gehe jetzt nochmal ein auf das zweite Thema. Das erste war für uns heute wichtig, was wir vortragen wollten. Der zweite Teil gehört auch dazu, ist aber was ganz anderes. Ist mit dem Hasselbachplatz überhaupt nicht vergleichbar. Und auch eine weitere Vormerkung, das hat mit Flüchtlingen nichts zu tun.

Es geht ja nicht um Flüchtlinge, nicht um Asylbewerber oder um Asyl-Status. Es geht um eine völlig andere Situation.

Was passiert da eigentlich in Neustadt? Was ist da schleichend in einigen Jahren passiert? Die da wohnen, die wissen das.

Es gibt eine Situation, dass an einem Standort - Neue Neustadt - ungefähr aktuell 600 Menschen wohnen, die nach der Meldedatei rumänische Staatsbürger sind. Die wohnen in der Charlottenstraße, in der Grünstraße, in der Ritterstraße, in der Wedringerstraße, Haldensleber Straße, Umfassungstraße, Umfassungsweg.

Zu den Fakten. Warum ist das so? Das Rumänen nach Magdeburg kommen und sich hier niederlassen können. Sie kennen das, seit 2014 gibt es die Niederlassungserlaubnis in Europa. Ich habe mal eine Pressemitteilung rausgesucht vom 23.03.2014.

Die Überschrift heißt: „Ministerien wollen gegen Sozialmissbrauch vorgehen.“

Mit Ministerien sind gemeint – die Bundesministerien.

Jetzt zitiere ich mal etwas von Bundesinnenminister von 2014:

Bundesminister de Maizière prangert die Anwerbung schlecht bezahlter Arbeitskräfte an:

„Man müsse die ins Visier nehmen, die aus eigenen niederen Interessen Zuwanderer hierherholen.“ sagte er der Rheinischen Post.

Und es dürfe nicht sein, dass Menschen, die kein Deutsch sprechen, mit perfekt ausgefüllten Anträgen auf dem Amt erschienen und Kindergeld oder einen Gewerbeschein beantragen. Weil es in Duisburg und Berlin schon lange bekannt war, was bei uns jetzt auch eingezogen ist.

Dann hat das Bundesinnenministerium aber parallel dazu 2016 eine Verwaltungsvorschrift erlassen, zum Freizügigkeitsrecht EU.

Und da steht eben drin, dass auch in Deutschland jemand als Arbeitnehmer gilt, wenn er einer Geringbeschäftigung nachgeht. Und es gibt Urteile vom EuGH die auch besagen, dass es selbst mit 175,00 € Monatseinkommen zulässig ist, sich niederzulassen.

Da liegt die politische Ursache, dass es möglich ist, was jetzt passiert.

Weil nämlich jetzt Menschen dort in die Wohnungen aus meiner Sicht geholt worden sind, denn es ist ja kein Zufall, dass sich alle an einem Ort ansiedeln!

In Wohnungen, in Häusern, die nicht saniert sind. Die teilweise auch die WoBau an griechische Eigentümer verkauft hat. Und dort die Rumänen einquartiert werden. Ich sage das extra, weil ich glaube, dass es organisiert ist, was da abläuft. Dann gehen sie zum Amt und melden Selbstständigkeit an, ist aber gar nicht notwendig, ich kann genauso sagen, ich bin Arbeitnehmer, ich muss nur einen Vertrag nachweisen. Und der Vertrag muss die Konditionen haben, die ich eben gesagt habe. Das ist ausreichend. Ich habe mir jetzt die Verträge angeschaut, in allen Bereichen. Auch beim Jobcenter. Die sind perfekt, wie de Maizière gesagt hat, ausgefüllt. In perfektem Deutsch – ohne jeden Fehler. Mit Arbeitsverträgen dazu, mit Tarifverträgen dazu. Mit Lohn über dem Mindestlohn. Alles perfekt. Das kann jemand ausfüllen, der kein Deutsch kann, niemals! Ist aber so. Auf dieser Basis erhalten dann Selbstständige, die in der Regel in Berlin arbeiten am Monatsende von Berliner Firmen eine Lohnzahlung als Barzahlung mit Quittung.

Es läuft nichts über Konten. Diese Barquittung wird vorgelegt beim Jobcenter und das ist die Basis dafür, den Aufstockungsbetrag zu beantragen. Der liegt in der Größenordnung, wenn ich das ausrechnen kann, bei 5-6 Kindern, bei über 3.000 € inkl. Kindergeld. Das heißt mit 175,00 € Monatseinkommen, hole ich mir vom deutschen Steuerzahler 3.000 – 3.500,00 €. Das ist die Wahrheit. Darum klappt das auch so gut. Darum ist das auch so perfekt organisiert.

Und die Firmen haben meistens ihren Sitz in Berlin! Wer fährt denn für 450,00 € Monatsgehalt nach Berlin zum Arbeiten? Das ist ziemlich unwahrscheinlich, dass das passiert.

Das ist aber die Wahrheit. Jetzt müsste man in Berlin bei der Firma Kontrolle machen können! Das dürfen wir aber gar nicht. Das müssen die Berliner Behörden machen. Wenn wir da anrufen und sagen, macht das bitte mal für uns, dann sagen die, oh Gott, wisst ihr, was wir zu tun haben? In Wirklichkeit sagen sie leise, wir sind froh, dass einige weg sind bei uns. Wir schaffen das überhaupt gar nicht, dem nachzugehen, was da alles gemacht werden kann. Dafür ist gar kein Personal da, das nach zu recherchieren.

Wir sind jetzt dabei, das gemeinsam mit dem Arbeitsamt und dem Zoll zu recherchieren.

Es gab einen Termin am Donnerstag den 10.08.2017. Da hat Herr vom Baur mit dem Zoll gemeinsam Kontrollen gemacht. Wir haben mal 18 Gewerbetreibende geplant aufgesucht, die hier gemeldet sind.

Davon sind 2 angetroffen wurden. Von den zweien, war völlig klar bei den Gesprächen, dass es sich um Scheinselbstständigkeit handelt. Weder eine Rechnung, noch Werkzeug, noch einen Firmensitz gab es. Es gibt nichts. Das ist die Realität. Wenn aber die Selbstständigen nicht mehr da sind, dann sind es Arbeitnehmer, mit den 175/300 oder 400€ im Monat läuft das trotzdem weiter. Das ist die Ursache, warum die da sind.

Es betrifft nicht alle. Das muss man differenzieren. Man darf niemals sagen, dass es für alle zutrifft.

Hier in Neustadt sind von den 600 Personen 80% beim Jobcenter gemeldet.

Das ist in anderen Stadtteilen anders. Es gibt jetzt die zweite oder dritte Entwicklung, dass sich im Süden der Stadt die nächsten Schwerpunkte herausbilden. Salbke, Westerhüsen – haben wir auch schon Häufungen von Adressen. Und auch in der Beimssiedlung in einer Straße. Da passiert ähnliches.

Das heißt, wenn man da jetzt nicht aufpasst und auch nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen ändert, dann wird das Schule machen.

Und dann werden ganz andere Dimensionen erreicht, als es im Moment der Fall ist. Das muss man einfach wissen. Und deshalb bin ich auch so hartnäckig hinterher. Das ist nicht einfach mit einem kleinen Bereich in Neustadt alles erledigt.

Das wird doch weitergesagt, wie einfach das ist in Deutschland, an Geld ranzukommen. Und das kann man so nicht lassen. Die hierher kommen und arbeiten, sind willkommen.

Ich will nur mal einen Vergleich machen, damit dass in den Köpfen mal klar ist. Voriges Jahr hat der Bund im Rahmen des Asylpakets II ein Gesetz beschlossen.

Da steht drinnen: Man kann 5 Jahre Aufenthalt haben und dann wird geprüft nach drei Jahren wegen der Niederlassungserlaubnis. Und da ist formuliert wurden: Wer überwiegend sein Geld selbst verdient, der kann auch hier bleiben.

Bei den Rumänen spielt das keine Rolle mit „überwiegend“.

Hier reichen überwiegend 175€ aus.

Das passt doch nicht zusammen! Wenn ich bei dem einen die Forderung aufmache, die sinnvoll ist. Und hier sage ich, ist egal was man verdienen kann.

Ich denke, dass die Menschen, die da in den Wohnungen wohnen, teilweise missbraucht werden. Die wissen ja gar nicht, was da im Hintergrund alles abläuft.

Das ist doch völlig klar, dass das nicht aus eigenem Antrieb gemacht worden ist.

Und da müssen sich die entsprechenden Behörden darum kümmern.

Parallel dazu muss man sich auch um andere Sachen kümmern, was z.B. die Schule betrifft.

Und dann habe ich noch zwei Sachen, die ich gerne vortragen möchte. Ich hatte in der Sprechstunde Besuch von einer jungen Dame. Einer Mutter von zwei Kindern, einem ganz kleinen und einem etwas größeren Kind. Die weinend bei mir auf der Couch saß vor 14 Tagen. Und gesagt hat, sie hält es nicht mehr aus. Sie wohnt in einem Aufgang, 10 Wohnungen. Von den 10 Wohnungen waren 7 von Rumänen besetzt. Die beiden einzigen Deutschen ziehen sofort aus. Die eine Dame wohnt schon 22 Jahre dort, aber die zieht da jetzt weg, die möchte da jetzt auch nicht bleiben. Und die junge Frau hat keine Genehmigung bekommen vom Jobcenter ausziehen zu dürfen. Weil es keinen Grund gibt. Das ist rechtlich wohl so. Inzwischen wurde organisiert, dass sie dort ausziehen kann. Und dann wird ihr gesagt, im Hausflur, „*Warum wohnen Sie denn eigentlich noch hier?*“ Von den Rumänen. Das geht zu weit! Dass die deutsche Bevölkerung, die da schon lange wohnt, gesagt bekommt: *Warum wohnst du denn noch hier?* *Zieh doch hier weg, dann ist das Problem für dich gelöst.* Das kann doch nicht sein?!

Das zweite ist, da hat mir Jemand von der Kirche eine Mail nach Hause geschickt vorgestern Abend. Bei ihm wurde randaliert und an seinem Haus ist Schaden entstanden. Und er bittet mich, einen Sozialarbeiter zu schicken. Da habe ich ihm geschrieben, Bitte erstatten Sie Anzeige! Das ist eine Straftat. Die Leute haben Angst, Anzeige zu erstatten! Und sagen das auch deshalb, weil sie dann ihren Namen bei der Polizei bekannt geben müssen und das möchten sie nicht. Die machen keine Anzeige, weil ihr Name dann im Protokoll drin steht. Das möchten sie nicht. Um diese Situation müssen wir uns kümmern. Mit allen Facetten die es geben kann. Aber ich sage ganz klar, eine einfache Lösung, wie in dem Antrag formuliert – wir machen das jetzt schön und schicken Sozialarbeiter – wird das Problem dort nicht lösen. Da kann man ein bisschen für Ruhe sorgen, aber mehr nicht.

Sie haben aber vielleicht auch den Bericht gesehen von der Bürgermeisterin aus Elbe-Parey. Der lief beim MDR. Dort wurden Verdachtsfälle eingeladen ins Landratsamt und dann war die Hälfte verschwunden. Und sie hat gesagt in die Kamera rein: Wir haben alles versucht! Integrationsmaßnahmen - es geht nicht. Die möchten gar nicht integriert werden. Ich bin froh als Bürgermeisterin, wenn sie wegziehen.

Das sind Situationen, die sind neu für uns. Das hatten wir bisher nicht in der Dimension. Es hat auch nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun! Es hat was damit zu tun, das hier Situationen entstanden sind, die man so nicht lassen kann.

Auch eine Änderung der Schuleinzugsbereiche, um Schüler aus dem Bereich in andere Schulen zu schicken wäre, nur eine kleine Möglichkeit, das was zu machen.

Aber diese Konzentration ausländischer Kinder an dem Schulstandort, wenn das so weiter geht, wird sich mit dem Wegzug der deutschen Familien nicht verändern!

Nun noch ein Hinweis zur Hasselbachplatz-Situation. Ordnungsamtsaufgaben sind übertragender Wirkungskreis. Das sind Staatsaufgaben die wir hier wahrnehmen. Wenn das Land der Meinung ist, wir müssen einen 24-Stunden-Dienst machen, dann können die uns gerne anweisen. Das machen sie aber nicht. Das würde fürs ganze Land dann gelten, das zu machen. Von daher. Aufpassen! Es ist keine kommunale Selbstversorgung, es ist reines Ordnungsrecht, reines Staatsrecht, was wir als Ordnungsamt anwenden. Da hat der Stadtrat auch für das Ordnungsamt keine Kompetenz. Aber für die politischen Folgen hat er die Kompetenzen, darüber zu entscheiden.